

Beschluss der 34. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendringes Niedersachsen e.V. am 26.02.2011

Zivilcourage - Wie extrem ist das denn?

Der Landesjugendring Niedersachsen e.V. lehnt generell demokratie- und menschenfeindliche Tendenzen in der Gesellschaft ab. Es ist unbedingt zu verhindern, dass Weltanschauungen, die Utopien anderer Gesellschaftsordnungen beinhalten, unter den Generalverdacht der Verfassungsfeindlichkeit gestellt werden. Wir erklären uns solidarisch mit Initiativen gegen Faschismus und Rassismus, die durch ihre gute Arbeit einen wichtigen Beitrag für die Vielfalt und Demokratie in diesem Land leisten. Der Landesjugendring Niedersachsen e.V. lehnt daher die Ausrichtung der von der Bundesregierung neu aufgelegten Förderprogramme „Toleranz fördern - Kompetenz stärken“ gegen Rechtsextremismus, Linksextremismus und Islamismus sowie die daran geknüpfte Unterzeichnung der sogenannten Extremismusklausel ab. Ein Operieren mit dem vorliegenden Extremismusbegriff des Verfassungsschutzes im Kontext der in Rede stehenden Programme ist ungeeignet, die Freiheit von Weltanschauung und Religion sowie die weltanschauliche Neutralität des Staates hinreichend zu schützen.

Die sogenannte Extremismusklausel fördert ein Klima des Misstrauens und der Denunziation. Sie ist ein Schlag in das Gesicht der Menschen und Initiativen, die sich bereits seit vielen Jahren und häufig trotz Gewaltdrohungen von rechts mutig und erfolgreich für eine starke Zivilgesellschaft und ein solidarisches und respektvolles Zusammenleben einsetzen. Weder die Menschen noch die Utopien und Ideen, die sich mit einer Gesellschaft ohne Ausbeutung und Diskriminierung beschäftigen, dürfen unter den Generalverdacht der Verfassungsfeindlichkeit geraten.

Wir sehen in den aktuellen Programmen der Bundesregierung den Versuch, uns selbst und/oder unsere Kooperationspartner-innen als extremistisch zu verunglimpfen und zu kriminalisieren. Aus diesem Grund lehnen wir die Ausrichtung der Programme und das in ihnen verwendete Vokabular in dieser Form ab und fordern auch die Vertreter-innen der Landesregierung auf, unsere Kritik zu berücksichtigen. Des Weiteren fordern wir die Bereitstellung von Geldern auf Landesebene, um einen Fachtag zu organisieren, auf dem die „Extremismusdebatte“ kritisch und auf wissenschaftlich und praktisch fundierter Perspektive diskutiert wird.